

Beschluss der Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE. Neukölln am 12.10.2015

Vorbereitung auf den Wahlkampf 2016 zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Neukölln

DIE LINKE.Neukölln hat Erfolg, wenn sie als sichtbares Rückgrat sozialer Bewegungen wirkt – wie bei Anti-Nazi-Protesten, beim Streik im Einzelhandel, Energievolksentscheid, THF und Mietenvolksentscheid. Und wenn sie antikapitalistisch zuspitzt und den Widerspruch zwischen den Profitinteressen einiger weniger und den Interessen der Mehrheit der Neuköllner Bevölkerung benennt wie beim THF, wo wir uns mit der Parole „Stoppt den Senat: Nein zu Privatisierung und Spekulation“ an der Bewegung beteiligt haben.

Bundespolitisch stehen wir als Opposition gegen die CDU/ SPD-Regierung. Die SPD steht unter Druck in der Frage TTIP, Tarifeinheitsgesetz, Vorratsdatenspeicherung und Privatisierung. Besonders bei TTIP gibt es Druck in den Gewerkschaften.

Wir werden einen scharfen Oppositionswahlkampf gegen den SPD/CDU-Senat machen. Wir haben die letzten zwei Jahre Berlin über Oppositionsarbeit mit sozialen Bewegungen wie den Mietenvolksentscheid und THF Berlin verändert. Nach den katastrophalen zehn Jahren im rot-roten Senat, der Sozialabbau, Privatisierungen und Personalabbau betrieben hat, hat DIE LINKE in Berlin in den vergangenen zwei Jahren bei Wählern und sozialen Bewegungen etwas Vertrauen zurückgewonnen. Außerdem ist die Partei wieder etwas kampagnenfähiger geworden, zum Beispiel beim Volksentscheid Energie.

Wir kämpfen an der Seite der Mieterinitiativen und anderer gegen einen schwarz-roten Senat, der mit seiner Politik für Investoren die soziale Spaltung der Stadt vertieft, die Mietensteigerungen nicht bremst. Wir kämpfen dafür, dass Flüchtlinge würdig behandelt werden und treten Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entschieden entgegen. Wir wenden uns gegen Privatisierungen wie bei der S-Bahn und kämpfen für mehr Personal im öffentlichen Dienst, insbesondere in Bildung und Gesundheit, und öffentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

In Neukölln sind vor allem diese Themen für DIE LINKE wichtig. So ist Neukölln im aktuellen Sozialatlas auf den letzten Platz der Berliner Bezirke abgerutscht. Die Bevölkerung ist von Mietsteigerungen, niedrigen Löhnen, Hartz-IV-Schikanen und Rassismus betroffen. In diesen Fragen haben wir Bündnispartner und sind seit längerem aktiv: Wohnungs- und Mietpolitik (Wohnen – Wir bleiben alle!), Flüchtlinge (Fluchtursachen beseitigen! Flüchtlinge willkommen, Nazis raus!), Gutes Leben für alle (Keine Sanktionen!), mehr Personal in Ämtern (Mehr für uns ist besser für alle!).

Um zu verhindern, dass Flüchtlinge und Niedriglöhner, Hartz-IV-Betroffene etc in der sozialen Frage, bei der Bildung oder Wohnungen gegeneinander ausgespielt werden, muss DIE LINKE die Forderung nach Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, einer Millionärssteuer und höherer Spitzensteuersätze wieder stärker in die Öffentlichkeit bringen. Der Bund muss die Reichen besteuern und Länder und Kommunen entlasten, sonst gibt es nur Verteilungskämpfe zwischen unterschiedlichen Gruppen.

Ein Erfolg des Mietenvolksentscheids ist, dass der Senat unter dem Druck der mehr als 50.000 Unterzeichner/-innen der 1. Stufe Forderungen davon übernehmen will. Wir müssen ihm auf die Finger schauen, was nun real gebaut wird, zu welchem Preis und für wen.

Darüberhinaus wollen wir die Wohnungspolitik des Senats angreifen: denn auch weiterhin werden

Grundstücke an Investoren verschertelt, geht die Gentrifizierung weiter und steigen die Mieten. Dabei müssen Bestandsschutz und Umnutzung zu Wohnzwecken vor Neubau stehen. Kein Neubau ohne mindestens 30% Sozialwohnungen.

Und noch immer behält sich der Senat vor, bei Nichteinigung mit den Initiatoren des Mietenvolksentscheids den Gesetzentwurf des Mietenvolksentscheids vor das Verfassungsgericht zu bringen.

In Neukölln wird zudem auch Milieuschutz und gesundheitsgefährdender Asbest in Wohnanlagen Thema sein. Auf Berliner Ebene ist offen, ob die zweite Stufen des Mietenvolksentscheids bzw. ein möglicher zweiter Mietenvolksentscheid gestartet wird, um den Druck weiter aufrecht zu halten; in Neukölln ein mögliches Bürgerbegehren zur Mietenpolitik.

Initiativen wie 100% Tempelhofer Feld, das Mietenvolksbegehren oder der Energietisch haben gezeigt, wie man mit direktdemokratischen Mitteln echte politische Veränderung erreichen kann. Auch der LINKEN ist es zu verdanken, dass dies möglich war. Da ist mehr drin: Wir wollen die Mitbestimmungsmöglichkeiten weiter ausbauen und die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide senken. Und den Tricksereien durch den Senat (Aushebelung von bezirklichen Bürgerbegehren wie im Fall Buckower Felder, Terminierung von Volksentscheiden getrennt von Wahlen, teure Kampagnen von landeseigenen Unternehmen u.a.) muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Auch wenn der SPD-geführte Senat von Initiativen wie Mietenvolksentscheid, THF, Mauerpark und von Gewerkschaften in der Personalfrage wie bei der Charité Widerstand bekommt, gibt es noch immer unter einer Schicht von WählerInnen (während viele andere gar nicht mehr zur Wahl gehen) die Haltung, die SPD sei im Vergleich zur CDU das kleinere Übel, die aber aufgrund der neoliberalen Politik der SPD auf Bundesebene und in Berlin und der Erfahrungen von 2001 bis 2011 wenig realistisch sind. Deshalb müssen wir Mindestbedingungen für eine Regierungsbeteiligung bzw. für eine Zählgemeinschaft in der BVV formulieren, an denen wir die SPD (und die Grünen) in Berlin und in Neukölln messen, um der Bevölkerung zu verdeutlichen, dass DIE LINKE sich nicht an Sozialabbau und Privatisierung beteiligen wird. DIE LINKE kann unter den gegebenen Bedingungen in der Opposition mehr erreichen als in der Regierung als „Beiboot“ und am „Katzentisch“ der SPD. Initiativen und Gesetzen, die soziale und demokratische Verbesserungen bedeuten, wird DIE LINKE zustimmen.

Beschluss:

1. DIE LINKE.Neukölln will die Zeit des Berliner Wahlkampfes 2016 zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung nutzen, um grundsätzliche Alternativen zur aktuellen Politik aufzuzeigen sowie die Interessen und Bedürfnisse der Mehrheit gegen die Profitlogik einiger weniger zu verteidigen. Menschen vor Profite! Wir sehen im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte und kämpfen für soziale Gerechtigkeit, für den demokratischen Sozialismus.

Wir wollen auch im Wahlkampf die Selbstaktivität der Menschen und Widerstand stärken, um mit außerparlamentarischen Bewegungen Druck auszuüben und Verbesserungen zu erreichen. DIE LINKE.Neukölln versteht ihre parlamentarischen Vertretungen als Hebel, der neoliberalen Politik der anderen Parteien entgegenzutreten und soziale Bewegungen in der Stadt zu stärken.

Unsere Ziele sind:

1. Aktivierung der Mitglieder für einen kämpferischen engagierten, von der Mitgliedschaft eigenständig und kreativ getragenen Wahlkampfes,

2. Gewinnung von neuen Mitgliedern für DIE LINKE
3. Steigerung des Neuköllner Wahlergebnis zur BVV und zum Abgeordnetenhaus aus dem Jahr 2011

2. Folgende Themen wollen wir im Wahlkampf setzen:

1. Löhne hoch! Mieten runter! Menschen vor Profite! Gegen Armut durch Hartz IV und Lohndumping. Solidarität mit Arbeitskämpfern (z.B. Herbst und Frühjahr mit den Gebäudereiniger/innen).
2. Wohnen bleiben – Schutz vor Investorenwillkür und Vertreibung aus dem Kiez
Wohnungen müssen für alle bezahlbar sein. Übernahme marktüblicher Mieten durch Jobcenter.
3. Das muss drin sein! Mehr Personal für Bildung (Kitas, Schulen, Hochschulen), Gesundheit und Pflege (Charité, Vivantes etc), öffentlichen Dienst. Gegen jede Privatisierung. Mehr Geld für Kitas, Schulen und Unis: gegen Unterrichtsausfall, maroden Zustand der Schulen in Neukölln.
4. Gegen jeden Rassismus, Fremden- und Islamfeindlichkeit! Nazis und Rechtspopulisten stoppen (NPD, AfD, BärGida)! Wir fordern Wahlrecht für alle. Grenzen auf für Flüchtlinge. Wohnungen für alle. Abschaffung des diskriminierenden Kopftuchverbots in Berlin und Neukölln.
5. Für internationale Solidarität – Gegen die Freihandelsabkommen TTIP , Ceta und TISA, gegen Bundeswehreinräte, Bundeswehr an Schulen und Aufrüstung. Gegen das Europa des Kürzungsdiktats unterstützen wir die geplanten Blockupy-Proteste im Mai 2016 in Berlin.
6. Mehr Demokratie und Mitbestimmung! Wahlrecht für alle, die hier leben! Wir fordern die Ausweitung und Erleichterung von Volksbegehren und Volksentscheiden. Mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten über Gesetze und Bauvorhaben. Keine Aushebelung von Bürgerbegehren."

3. Landeswahlprogramm

Die Mitgliedervollversammlung beauftragt den Bezirksvorstand, beim Landesparteitag, der das Wahlprogramm aufstellt, also am 11.-13. März 2016 Mindestbedingungen für Regierungsbeteiligung zu beantragen. So kann DIE LINKE transparent machen, wozu wir nicht bereit sind. Generell heißt das: „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.“

Für Berlin könnte das bedeuten (einen genauen Antrag wird DIE LINKE.Neukölln im Februar beschließen):

1. Keine Privatisierung öffentlicher Flächen, Wohnungen (Dragoner-Areal), Aufgaben und Unternehmen wie z.B. der S-Bahn, keine Bebauung THF.
2. Rückkauf kommunaler Wohnungen insbesondere der GSW, Bau von Sozialwohnungen; umfassende Sicherung der Sozialmieter, Stärkung des Mieterschutzes; Leerstand, Umwandlungen in Eigentumswohnungen und Zwangsräumungen verbieten; Umsetzung der Forderungen des Mietenvolksentscheids; Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen.
3. Statt Sozialabbau mehr Personal für den öffentlichen Dienst, insbesondere Bürgerämter, Krankenhäuser, Kitas und Lehrkräfte in Schulen

4. „Neukölln-Programm“:

Wir werden wieder ein „Neukölln-Programm“ aufstellen, das Kommunalpolitik nicht auf die BVV-Ebene beschränkt. Auch im Wahlkampf sollten wir uns nicht allein auf Landes- und Bezirksebene beschränken: Hartz IV wird natürlich nicht durch die Bezirksebene bestimmt. Hier werden aber die fatalen Folgen deutlich. In der Auseinandersetzung ist somit vielmehr der lokale Bezug herzustellen. Zudem sollten wir immer deutlich herausstellen, dass es uns nicht um eine bessere Verwaltung der Verhältnisse geht, sondern dass wir als sozialistische Partei für eine grundsätzliche Alternative kämpfen. Das hebt uns von allen anderen Parteien ab und ist insbesondere angesichts der hohen Wahlenthaltung, bei der vorangegangenen Wahl entscheidend. Das Neukölln-Programm von 2011 „Gemeinsam für ein gutes Leben in Neukölln“, das in einem umfangreichen Prozess entwickelt wurde, gibt Antworten auf die Herausforderungen und bietet auch weiterhin eine gute inhaltliche Grundlage. Dennoch muss es an veränderte Bedingungen angepasst und aktualisiert werden. Zu diesem Zweck hat der Bezirksvorstand eine Arbeitsgruppe in Verantwortung von Thomas Licher einberufen, die unter Beteiligung der Mitgliedschaft, einen Entwurf bis Ende Januar 2016 erarbeitet. Dieser Entwurf soll anschließend im Bezirksvorstand, in den Basisorganisationen sowie in der Mitgliedschaft diskutiert und verbessert werden. Danach werden die Forderungen des „Neukölln-Programms“ mit Aktionen im Bezirk bekannt gemacht.

5. Wahlkampforganisation: Offenes Wahlkampfaktiv:

Wir haben gute Erfahrungen mit einem Offenen Wahlkampfaktiv gemacht, bei dem sich alle Mitglieder und Sympathisanten in die Gestaltung des Wahlkampfes einbringen können. Das offene Wahlkampfaktiv soll durch ein Wahlkampfteam organisiert werden. Neben den Vorstandsmitgliedern Hannah Rübzig und Doris Hammer, sollte jede Basisorganisation ein Mitglied für das Wahlkampfteam benennen, um die Aktivitäten mit den BO's rückzukoppeln. Der Vorstand entsendet Klaus-Dieter Heiser in das Landeswahlbüro, um die Anbindung an die Landeswahlkampfleitung zu gewährleisten.

Für einen aktiven Mitgliederwahlkampf braucht es viel Koordination- und Aktivierungsarbeit. In den vergangenen Wahlkämpfen haben wir zu diesem Zweck jeweils befristete Stellen geschaffen. Dies sollten wir auch dieses Mal frühzeitig in die Wege leiten (1,5 bis 2 Stellen).

Wir werden uns an der Spendenkampagne der Landespartei beteiligen und eine bezirkliche Spendenkampagne organisieren.

6. Wahlkampfmaterial:

Das Material wird leisten müssen, neben dem Wahlkampf zur AGH, auch die BVV- Wahlen führen zu können. Gleichzeitig zielt unser Wahlkampf darauf ab, abgesehen von einem guten Wahlergebnis, vor allem auch das gesellschaftliche Kräfteverhältnis nachhaltig zu verschieben, also unsere Strukturen im Bezirk zu stärken und neue Mitglieder zu gewinnen. Zudem gilt: In ganz Berlin führen wir einen Wahlkampf gegen alle neoliberalen Parteien. Doch gerade in Neukölln fordern wir in unseren Hochburgen im Norden insbesondere Grüne und SPD heraus. Die Unterschiede zu ihnen müssen wir hier besonders herausstellen, wozu auch unsere antikapitalistische, sozialistische Programmatik zählt. Die Zielsetzung, wie auch die gegebenen Bedingungen machen diverses bezirksspezifisches Material erforderlich. Im Zentrum sollte dabei die Neuköllnisch stehen, die wir als zentrales Material in erhöhter Auflage im Wahlkampf verwendet sollten. Auch sollten Mittel für eigene Plakate bereitgestellt werden. Um den oben knapp erläuterten Bedingungen gerecht zu werden und in diesem Sinne ein Profil entwickeln zu können, werden wir im einige Plakate im Bezirk entwerfen. Auch eine neue Auflage der Aufkleber kann einen Anteil leisten und sollte rechtzeitig entworfen. Dabei sollte die Mitgliedschaft mit einbezogen werden.

Auch unser Online-Wahlkampf sollte dieses Mal von Anfang verstärkt und systematischer betrieben werden. Dabei sollten wir Anstreben die Reichweite auf Facebook zu erhöhen und zudem das Netzwerk Twitter zu nutzen.

Unsere Zielgruppen sind einerseits Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Erwerbslose sowie spezieller jugendliche und migrantische Milieu´s, nicht nur, aber auch in ihren linken Exilorganisationen. Wichtig ist, dass wir mit unseren Inhalten für die jeweilige Gruppe die richtige Ansprache finden.

7. Kandidatenaufstellung:

Für den Erfolg des Wahlkampfes in Neukölln wird es mitentscheidend sein, dass Neuköllner Kandidatinnen und Kandidaten auf aussichtsreicher Stelle auf der Landesliste der LINKEN für das Abgeordnetenhaus nominiert werden. Für die Abgeordnetenhauswahl wird eine LandesvertreterInnenversammlung über eine Landesliste entscheiden. Auf Grundlage des Landesparteitagsbeschlusses wird es im Vorfeld eine Kommission geben, die einen gesamtstädtischen Listenvorschlag (die ersten 30 Plätze) erarbeiten soll. Dazu sollen die Bezirke jeweils Personalvorschläge unterbreiten.

Wir werden in allen sieben Wahlkreisen Direktkandidaten aufstellen, die Aufstellung soll im 2016 nach Aufstellung der Landesliste erfolgen, gemeinsam mit der Aufstellung der BVV-Liste. Bei der Aufstellung der Direktkandidaten werden wir mindestens 3 weibliche Kandidatinnen aufstellen.

Die Frage eines Direktwahlkampfes in Nordneukölln werden wir prüfen. Für einen Direktwahlkampf sprechen die gute Ergebnisse bei vergangenen Wahlen, eine bessere Möglichkeit zur eigenständige Profilierung der LINKEN, zudem können wir unsere Kandidaten im Bezirk weiter bekannt machen. Außerdem überlassen wir damit weder den Grünen und noch der SPD in unseren Hochburgen kampflos das Feld.

Zur BVV sollten wir nicht nur inhaltlich, sondern auch personell auf Kontinuität setzen. Mit der derzeitigen Fraktion haben wir bereits eine gute Zusammenarbeit mit bezirklichen Initiativen und Bündnissen erreicht und eine erfolgreiche Arbeit machen können. Allerdings brauchen wir auch aufgrund der erfolgreichen Arbeit der Fraktion, eine weiter aufgestellte Liste. Diese sollte bis zu zwanzig Kandidaturen beinhalten. Die ersten sechs Kandidaten könnten bei einem sehr guten Wahlergebnis einziehen (rund 10%). Weitere sechs könnten als Nachrücker während der Legislaturperiode einziehen, da immer wieder zu erwarten ist, dass einzelne Verordnete aufgrund von beruflichen Gründen ihr Mandat nicht bis zum Ende der Legislatur wahrnehmen können. Mit den Kandidaturen sollte berücksichtigt werden, dass unsere Verankerung in den verschiedenen Initiativen und Bündnissen im Bezirk verstärkt wird, die enge Anbindung und Kooperation an die Arbeit des Bezirksverbandes gewährleistet ist und alle relevanten Themen kompetent abgedeckt sind.

8. Zeitplan

- 12. Oktober Beschluss zur Wahlstrategie und Vorschlag für Landesliste, Aufstellung der Vertreterinnen und Vertreter
- November oder Januar MVV zur Wahl der Bundesparteitagsdelegierten (mit Tempelhof-Schöneberg zusammen)
- Februar 2016: Erste Vorstellung Neukölln Programm und Beratung des Landeswahlprogramms
- 11.-13. März 2016 Landesparteitag mit Beschluss zur Landesliste und Wahlprogramm
- April 2016: Wahlmitgliederversammlung an einem Samstag zur Aufstellung des Neukölln-Programms der BVV-Liste und der Direktkandidaten.
- Anfang August: Plakate hängen (6./7. August)
- Ab Mitte August: Heiße Wahlkampfphase